

*Infoletter der Nationalratsabgeordneten  
Mag<sup>a</sup> Christine Muttonen  
02/2016*



Liebe FreundInnen!

Am Donnerstag fand die 113. Sitzung des Nationalrats statt. Die großen Themen waren die Zukunft unseres stabilen Pensionssystems, die Mietpreisbremse und der Erhalt des Bargelds.

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine

PARLAMENTSMAIL



## Top Themen

---

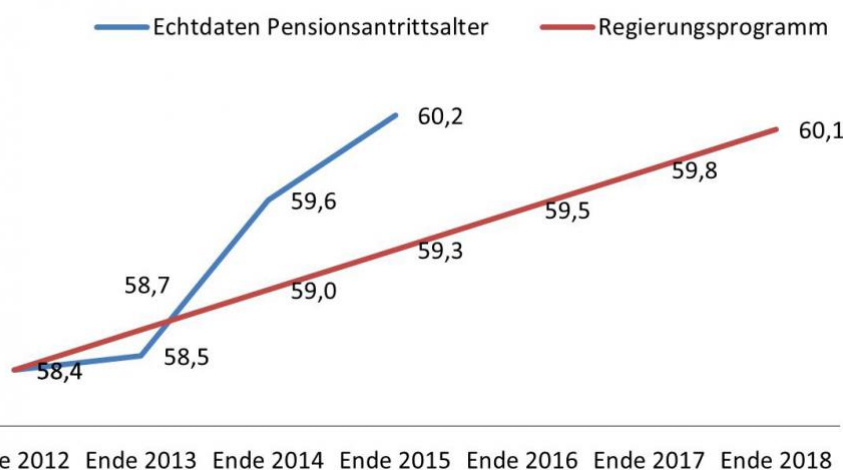
### Pensionssystem – Österreich auf gutem Kurs

Das **österreichische Pensionssystem ist sicher und nachhaltig finanziert**. Es ist eine wichtige Säule des sozialen Zusammenhalts in Österreich und garantiert das Einkommen von 2,3 Millionen PensionistInnen. Dennoch vergeht derzeit kein Tag ohne drastische Verbalangriffe auf das Pensionssystem, wie die Aktuelle Stunde der NEOS zeigt. Sie reichen von Pensionsautomatik bis zu Kürzungen bei den Gutschriften am Pensionskonto. Das wird es mit der SPÖ bestimmt nicht geben, neue **Einschnitte sind weder zumutbar noch notwendig**, denn die Maßnahmen der letzten Jahre wirken bereits deutlich.

**Pensionsalter steigt schneller als erwartet:** Das Ziel für 2018 (60,1) ist schon jetzt erfüllt, das faktische Antrittsalter liegt heute bei 60,2 Jahren.

**Staatsausgaben langfristig stabil:** Berechnungen der EU-Kommission zeigen, dass die Pensionsausgaben bis 2060 um nicht einmal einen halben BIP-Prozentpunkt steigen, obwohl im selben Zeitraum der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung um rund 60 Prozent ansteigt!

#### Faktisches Pensionsantrittsalter



*Zum Vergrößern Bild Klicken!*

**Invaliditätspensionen gehen zurück:** 2015 fanden 40% der Reha-geld-BezieherInnen zurück in den Arbeitsmarkt. Die Kosten sind in den letzten fünf Jahren um 20% gesunken.

**Bundeszuschüsse deutlich unter Prognose:** Um 4,5 Mrd. niedriger als noch vor einem Jahr angenommen wird der Anstieg staatlicher Zuschüsse zum Pensionssystem bis 2019 ausfallen. Erholt sich die Wirtschaft und steigen die Einkommen, werden die Bundesmittel in Prozent des BIP sogar sinken.

**Staatsausgaben langfristig stabil:** Berechnungen der EU-Kommission zeigen, dass die Pensionsausgaben bis 2060 um nicht einmal einen halben BIP-Prozentpunkt steigen. Gleichzeitig wächst der Anteil der über 65-Jährigen an der Bevölkerung um rund 60 Prozent!

"Unser Kurs ist damit bestätigt: **Die Reformen der letzten Jahre zeigen Wirkung!**", fasste **SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder** in der "Aktuellen Stunde" des Nationalrats zum Thema Pensionen zusammen. "Der Blick auf die Zahlen bestätigt, dass es keinen Kahlschlag braucht, wie von neoliberalen Kräften gefordert, sondern dass man das System bedachtsam und mit den richtigen Absichten weiterentwickeln muss." Und **SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch** betonte in der Debatte: "Wir sind offen, das Pensionssystem weiterzuentwickeln, aber **bei Kürzungen der Pensionen sind wir nicht dabei!**"

## Mietpreisbremse – 300.000 Haushalte profitieren

Mit dem "Mietrechtlichen Inflationslinderungsgesetz" wird die Erhöhung der Richtwertmieten ab April 2016 für ein Jahr ausgesetzt – das gilt für Altbauten und alle Wiener Gemeindewohnungen, für die Richtwertmieten bezahlt werden. Rund **300.000 Haushalte ersparen sich dadurch durchschnittlich 150 Euro im Jahr**. Erst am 1. April 2017 wird der Richtwert wieder erhöht. Dann wird die Berechnungsgrundlage niedriger sein, was den MieterInnen nützt. "**Mit dieser Maßnahme wird eine Schieflage behoben**", begrüßt **SPÖ-Bautensprecherin Ruth Becher** das Gesetz: "Die Teuerungsrate ist voriges Jahr in Österreich auf 0,9 Prozent gesunken, dem gegenüber sind die Mieten im selben Jahr um 4,4 Prozent gestiegen. Hier schafft das Gesetz einen Ausgleich."



*MieterInnen im Altbau und im Gemeindebau profitieren von der Mietpreisbremse*

## Bargeld bleibt. VP-Lopatka blamiert sich

Alle Parteien im Parlament bekennen sich dazu, das Bargeld zu erhalten. Es gibt auch auf EU-Ebene keine Bestrebungen, Münzen und Scheine als Zahlungsmittel abzuschaffen. Vor der Nationalratssitzung verkündete ÖVP-Klubobmann Lopatka trotzdem, dass das Bargeld durch die Verfassung geschützt werden muss und es deshalb einen ÖVP-Antrag zur Verfassungsänderung geben wird. Lopatka musste allerdings rasch einen Rückzieher machen: In einem Entschließungsantrag bekannten sich alle Parteien im Parlament dazu, Bargeld zu erhalten – ohne sinnloserweise die Verfassung zu strapazieren. Die Placebo-Debatte von Lopatka und der FPÖ zum Thema "Bargeld in die Verfassung" konnte so von SPÖ und Finanzminister beendet werden.

NR-Sitzung vom 24. Februar 2016

**Nationaler Qualifikationsrahmen: Ausbildungen werden vergleichbar** ([1007 d.B.](#))

Mit dem Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) werden Ausbildungen, Lernergebnisse und nationale Qualifikationen in eine achtstufige Skala eingeordnet und damit europaweit vergleichbar. Das NQR-Gesetz bringt vor allem für Ausbildungen der Erwachsenenbildung mehr Transparenz und Vergleichbarkeit und wertet die praktische Arbeit und berufliche Erfahrung auf. Das Gesetz regelt die Einrichtung jener Gremien, die dann per Gutachten über die Einstufung der Ausbildungen entscheiden.

**Einkommensbericht des Rechnungshofes: Anstieg bei Manager-Gehältern** ([III-223/1006 d.B.](#))

Der Einkommensbericht über die durchschnittlichen Einkommen im Bereich der öffentlichen Wirtschaft zeigt, dass die Manager-Gehälter deutlich stärker stiegen als die Gehälter der Beschäftigten, was die SPÖ kritisiert. Auch bei der Geschlechtergerechtigkeit von Einkommen gibt es Handlungsbedarf – die Gehaltsschere zwischen männlichen und weiblichen Managern ging weiter auseinander. Positiv ist, dass die Quotenregelung wirkt: Der Frauenanteil im Vorstandsbereich und bei den Aufsichtsräten der Unternehmen mit Bundesbeteiligung ist zwar noch lange nicht zufriedenstellend, aber er steigt. Rund 20 Prozent beträgt der Frauenanteil in den Vorständen staatsnaher Unternehmen (Privatwirtschaft: 5,9 Prozent), bei den Aufsichtsräten sind es 37 Prozent (Privatwirtschaft: 16,2 Prozent).

**Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes ([III-224/1003 d.B.](#))**

Der Bericht listet die Prüfungen und Berichte zur Gebarungskontrolle des Rechnungshofes für 2015 auf. Positiv hervorzuheben ist, dass die Gemeinden die Empfehlungen des Rechnungshofes verstärkt umsetzen. Dass der Umsetzungsgrad von RH-Empfehlungen von 2014 auf 2015 insgesamt leicht gesunken ist, ergibt sich aus der hohen Zahl von Querschnittsprüfungen, die das Zusammenwirken mehrerer Gebietskörperschaftsebenen betreffen und bei denen die Umsetzung von Reformen noch nicht abgeschlossen war. Deutlich wird im Tätigkeitsbericht auch die Rolle des österreichischen Rechnungshofes bei der internationalen Vernetzung von Rechnungshöfen.

**Bericht des Rechnungshofes zu Direktvergaben, Technischer Universität, Patentamt, StartUP Netzwerk Oberösterreich ([III-167/807 d.B.](#))**

Der Rechnungshof untersuchte das Kontrollsystem der Direktvergaben in einigen Ressorts sowie die Finanzsituation u.a. bei Technischer Universität und Patentamt. In Sachen TU kritisiert der Rechnungshof die zu hohen Ausgaben, wobei sich die Situation mittlerweile stabilisiert habe. Was das Patentamt betrifft, muss dessen Organisation verändert werden. Der Prozess ist bereits gestartet und die Empfehlungen des RH werden dabei einfließen.

**Bericht des Rechnungshofausschusses zu ÖBB-Pensionsrecht, Bundesimmobiliengesellschaft m.b.H., ORF-Landesstudios ([III-155/922 d.B.](#))**

Nach Prüfung der ORF-Landesstudios bemängelt der Rechnungshof u.a. ungenutzte Sparpotentiale bei der Sendung "Bundesland heute". Von Seiten des ORF wurde betont, dass die Landesstudios in den letzten Jahren nicht nur deutlich Personal reduziert und Kosten eingespart, sondern auch die Budgetvorgaben im Gesamten betrachtet eingehalten haben.

**Rechnungshof-Bericht zu EU-Finanzbericht, Liegenschaftsverkauf Schloss Reifnitz, Schulversuche, Unterstützungsinstitut der Bundespolizei ([III-136/923 d.B.](#))**

Zum Teilbericht des RH zu "Standortkonzepte im Bereich der Bundesschulen" informiert die Bildungsministerin, dass innovative Standortkonzepte für Schulen auch Gegenstand der Beratungen der Bildungsreformkommission sind. Im Mittelpunkt des Konzeptes über die Schulstandortentwicklung aus dem Jahr 2008 stehen der Aus- und Umbau von Bundesschulen, wobei ein Hauptpunkt auch die Verbesserung der Arbeitsplätze der LehrerInnen ist. Die Barrierefreiheit in den Bundesschulen wird 2019 plangemäß erreicht werden.

**Rechnungshof-Bericht zu Pensionsantrittsalter in ausgewählten sorts, Umbau des Palais Kaunitz f.d. Anti-Korruptionsakademie, Qualitätssicherung in gerichtlichen Strafverfahren ([III-139/983 d.B.](#))**

Der Rechnungshof bemängelt in diesem Bericht u.a. die bundesweit großen Unterschiede hinsichtlich der Verfahrensdauer in gerichtlichen Strafverfahren und die Struktur der Justizverwaltung. Für das Justizministerium ist die Kritik ein wichtiger Indikator für die Auslotung von Schwachstellen in der Justizverwaltung. Die richterliche Unabhängigkeit setze bei der Umsetzung der RH-Empfehlungen allerdings gewisse Grenzen.

**Rechnungshof-Bericht u.a. zu Vermögensmanagement/Kranken- u. Unfallversicherungsträger; Standortkonzepte d. Bundesschulen ([III-127/984 d.B.](#))**

Zum Teilbericht des RH zu "Standortkonzepte im Bereich der Bundesschulen" informiert die Bildungsministerin, dass innovative Standortkonzepte für Schulen auch Gegenstand der Beratungen der Bildungsreformkommission sind. Im Mittelpunkt des Konzeptes über die Schulstandortentwicklung aus dem Jahr 2008 steht der Aus- und Umbau von Bundesschulen, wobei ein Hauptpunkt auch die Verbesserung der Arbeitsplätze der LehrerInnen ist. Die Barrierefreiheit in den Bundesschulen wird 2019 plangemäß erreicht werden.

## 2. Mietrechtliches Inflationslinderungsgesetz [\(1010 d.B.\)](#) – s. TOP-Themen

### **Petitionen und Bürgerinitiativen: Mehr Geld für Schulen, Top-Jugendticket, AMS-Mittel [\(886 d.B.\)](#)**

Der Sammelbericht des Ausschusses enthält jene Petitionen und Bürgerinitiativen, die nach eingehender Beratung entweder zur Kenntnis genommen oder einem Fachausschuss zur weiteren Beratung zugewiesen wurden. Das Themenspektrum reicht von der Forderung nach "Mehr Geld für Schulen mit hohem Anteil an sozial benachteiligten Kindern" über die "Ausweitung des Top-Jugendtickets auf alle unter 26 Jahre" bis zur "Keine Kürzung der AMS-Mittel für den (Erwachsenen) Ausbildungsbereich".

### **Änderungen beim Scheidemünzgesetz und beim Bundeshaftungsobergrenzengesetz [\(1001 d.B.\)](#)**

Das Vorhaben umfasst hauptsächlich die Umwandlung von Gewinnrücklagen der Münze Österreich. Durch das Verbot zur Bildung von Rücklösevorsorgen werden die Bindung von Vermögen und ein damit einhergehendes Veranlagungsrisiko vermieden. Zusätzlich wird dem Budget einmalig die Summe 436 Mio. Euro zugeführt.

### **Hypo-Abwicklung: Änderungen beim Bundesgesetz zur Schaffung einer Abbaueinheit – BaSAG-Änderung [\(1002 d.B.\)](#)**

Mit dieser Änderung soll dem Prinzip "No-Creditor-Worse-Off" (NCWO) Rechnung getragen werden, das eine Schlechterstellung von Gläubigern in der Abwicklung eines Instituts nach den Regeln des BaSAG gegenüber einer Insolvenz verbietet. Es soll verhindern, dass Gewinne im Zuge eines Gläubigerschnitts bei der Hypo-Abwicklung zu einer Körperschaftsbesteuerung führen.



## Pressemeldungen und Veranstaltungen

[SPÖ-Abgeordnete nach Aussprache mit Malmström: Weiterhin Kritik an Schiedsgerichten \(22.02.2016\)](#)

[Muttonen begrüßt Ausweitung der TTIP-Informationsmöglichkeiten für Abgeordnete \(19.02.2016\)](#)

[SPÖ-Muttonen: Brauchen weiterhin europäische Grenz- und Flüchtlingspolitik \(18.02.2016\)](#)

### **Gespräch mit Botschafter Pesko und Bostjan Malovrh vom Krisenpräventionszentrum der OSZE**

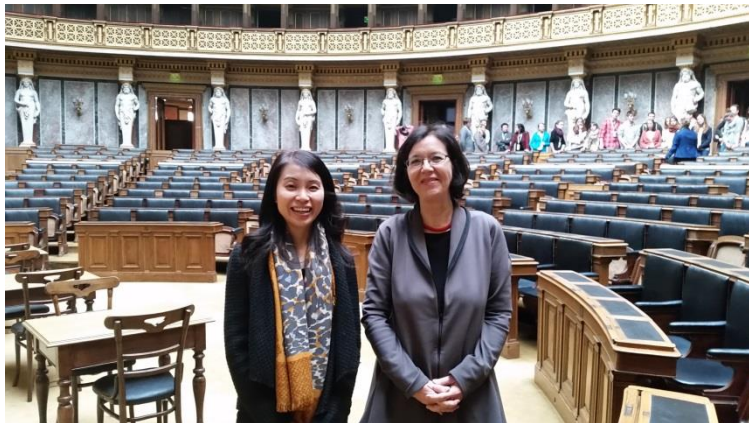


Im Vorfeld der Wintertagung der OSZE-Parlamentarier in Wien habe ich mich mit Botschafter Pesko und Bostjan Malovrh vom OSZE-Krisenpräventionszentrum getroffen. Im Gespräch ging es vor allem um die wichtige Arbeit, die die OSZE in Zentralasien leistet. Unter anderem arbeitet die OSZE daran die Spannungen zwischen den Ländern abzubauen, um zwischenstaatliche Konflikte zu verhindern.

Wichtig sind hier beispielsweise die OSZE-Grenzschutzmissionen, die Ausbildungsprogramme für die regionalen Grenzschutzbeamten anbieten. Die aktuellen Krisen im arabischen Raum und der Ost-Ukraine haben leider dafür gesorgt, dass viele Länder ihre Unterstützungen für die OSZE-Projekte in Zentralasien zurückgefahren haben.

Dabei ist die Lage in Zentralasien weiterhin fragil und der Ausbruch gewaltsamer Konflikte würde auch die europäische Sicherheit bedrohen. Wir waren uns daher einig, dass die Länder Zentralasiens und Europas in der OSZE weiterhin eng zusammenarbeiten müssen, um die friedliche und stabile gesellschaftliche Entwicklung der Region zu fördern.

## Jugendaustausch zwischen Österreich und Hongkong fördern



Nachdem ich im letzten Frühjahr zu Gesprächen in Hongkong gewesen bin, hat mich nun die Leiterin des für Österreich zuständigen Wirtschafts- und Handelsbüros der Sonderverwaltungsregion, Betty Ho, besucht.

In unserem Gespräch sind wir auch auf das Working Holiday Programm gekommen. Das Programm ermöglicht es jungen Menschen aus Hongkong und Österreich relativ einfach und unbürokratisch für einen gewissen Zeitraum im jeweils anderen Land zu leben und zu arbeiten. Das Angebot ist noch relativ neu und Österreich nutzt sein Kontingent bei weitem noch nicht aus. Ich habe daher den Vorschlag gemacht, dass Frau Ho einmal nach Kärnten kommt, um das Working Holiday Programm in unseren weiterführenden Schulen vorzustellen.

### Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:  
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN  
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien  
[www.christine-muttonen.at](http://www.christine-muttonen.at)